

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM., zusätzlich Abgabegebühr. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend, werden prompt beantwortet. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich der Verleger das Recht vor, die Zeitung oder den Abdruck des Bezugspreises, — Nachzahlung eingeforderter Geldbeträge erfolgt nur, wenn Forderung vorliegt.

Einzelpreis: die 8 gespaltene Spalte 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Nachzahlungsgebühr 20 Reichsmark. Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Spalte im täglichen Teil 1 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Reichweite der Zeitung werden nach Möglichkeit durch Fernruf übermittelt. Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Anzeigen nehmen alle Veranlassungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 18 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 22. Januar 1930

Abwehrschlacht.

Will man, zurückblickend auf die Haager Schlusskonferenz, ihr Wesen mit einem kürzeren Schlagwort kennzeichnen, so darf man wohl über diese Verhandlungen zwischen Deutschland auf der einen, einer geschlossenen Front der Ententemächte auf der anderen Seite die Überschrift setzen: Deutsche Abwehrschlacht.

Der Sachverständigenbericht ebenso wie die Beschlüsse der ersten Haager Konferenz im Sommer vorigen Jahres hatten absichtlich und unabsichtlich Pöken im Young-Plan gelassen, Unklarheiten, Zweideutigkeiten und dergleichen. Hier stieß schon vor der Konferenz bei den Verhandlungen mit Deutschland, dann aber vor allem auf ihr selbst nun die Gegenseite geschloffen vor, aber die deutsche Abwehr war zwar nicht immer, doch im großen und ganzen keineswegs so leicht zu überrennen, sondern vermochte wenigstens einigermaßen ihre Position zu halten.

Der Hauptangriff der Gegenseite war darauf abgestellt, dem Young-Plan die Reste des „Vorläufigen“ zu nehmen, also möglichst alles zu beseitigen, was an Bestimmungen über Moratorium, Revision, sonstigen Zahlungsausschub usw. für den transfergeschützten Teil der deutschen Zahlungsverpflichtungen als Schutzbestimmungen im Interesse des Schuldners vorgesehen war: Das vor der Konferenz liegende deutsche Entgegenkommen, wodurch der den Transferschutz nicht genießende Teil nicht unbeeinträchtigt erhöht wurde, mag die Gegenseite dazu veranlaßt haben, in dieser Richtung weiter vorzustoßen, dem etwaigen Versuch Deutschlands, sich jener Schutzbestimmungen zu bedienen, enge Grenzen zu setzen. Dieser Angriff ist aber fast durchweg gescheitert und wenigstens für diesen Teil der deutschen Zahlungsverpflichtungen sind die Revisionsmöglichkeiten gerettet worden.

Ein zweiter Ansturm der Gegenseite bewegte sich auf das Ziel hin: sich nicht mit der feierlichen deutschen Verpflichtung, daß die Leistungen dem Young-Plan gemäß nun auch erfolgen würden, also mit dieser rein vertragsrechtlichen Bindung Deutschlands zu begnügen, sondern Pfänder zu erhalten in der Art, wie sie unter dem Dawes-Plan galten. Vor allem also Pfandrechte auf die Verbrauchsabgaben und dann auch auf die Reichsbahn.

Man verhielte dieses angestrebte Zugriffsrecht mit der unbedingten Zeichnung einer „Aktivierung“ der Pfänder. Aber auch hier ließ sich die deutsche Delegation nicht von der Linie zurückdrücken, die der Young-Plan gezogen hat: Deutschland hat sich lediglich verpflichtet, die Verbrauchsabgaben nicht anderweit zu verpfänden, und die Reichsbahn zahlt zwar ihre 600 Millionen direkt an die Reparationsbank, aber im Falle der Zahlungsunfähigkeit hat das Reich als Garant einzuspringen. Die Kontrolle des Auslandes ebenso über die Reichsbahn wie über jene Steuern und die Zölle fällt künftig unbedingt fort. Während also dieser Vorstoß mißglückte, gelang ein anderer der Gegenseite besser, nämlich in der Frage der Zahlungstermine. Aber auch hier nicht ganz. Weder die gegnerische Forderung einer Prämumerandozahlung noch der deutsche Gegenvorschlag einer Ultimozahlung drang durch, sondern man einigte sich auf die Leistung der deutschen Zahlungen an der jedesmaligen Monatsmitte.

Wenn man schnell noch die Ausschaltung oder zum mindesten die starke Herabsetzung des ausländischen Einflusses auf die Deutsche Reichsbank, ferner die Herabsetzung der Liquidationsabkommen Deutschlands mit einer Reihe von Staaten aus dem Young-Plan erwähnt, so bleiben als die beiden Brennpunkte noch die Fragen der Mobilisierung und die der Sanktionen. Die Art, wie die erste geregelt wurde, bedeutet nach der Auffassung mancher Kreise zwar einen gewissen Sprung ins Dunkle, aber ungünstig jedenfalls war für Deutschland der Absprung doch nicht. Immerhin sprechen hier doch nur wirtschaftlich-finanzielle Erwägungen mit, während beim Kampf um das Sanktionsrecht der politische Pferdeschuh sichtbar wurde. Natürlich diente die französische Forderung hier dazu, um jedem Versuch der Herbeiführung einer Vertragsrevision politische Widerstände in den Weg zu stellen, die Unbedingtheit und Unabänderlichkeit des „Neuen Plans“ zu sichern, aber gerade darum und damit kam etwas Befremdendes in diese sonst rein wirtschaftlich-finanziellen Abmachungen hinein. Am Verhandlungstisch im Haag tauchte wie Santos Geist das Versailles Diktat auf.

Man hat sich auf einer Linie geeinigt und einigen müssen, die zwischen Erfolg und Mißerfolg des ursprünglichen Gewollten mitten hindurchgeht. Nun wird vor allem in Deutschland der Kampf um den Young-Plan zu neuer Höhe anschwellen, werden seine Gegner die Mißerfolge, seine Verteidiger die dort errungenen Erfolge oder zum mindesten Abwehrsieg, in den Vordergrund stellen. Erst die Zukunft wird die Entscheidung darüber fällen können, wie die Haager Schlusskonferenz wirklich zu werten ist.

König Georgs Hoffnungen

Die Londoner Flottenkonferenz.

Macdonald Vorsitzender.

Die Eröffnung der Londoner Seecräftungskonferenz geschah unter eindrucksvollen Feierlichkeiten in der königlichen Galerie des Oberhauses. Der weite Saal war dichtgefüllt von etwa 1000 Personen, unter denen vielleicht die Hälfte aus den aus aller Welt herbeigeleiteten Journalisten sich zusammensetzte. Vor dem goldenen Thronessel des Königs, in der Mitte vor dem hufeisenförmig aufgestellten Tisch, an dem die Delegierten saßen, stand des Königs Mikrophon, das dieser bei bedeutenden Ansprachen zu benutzen pflegt. Gegen 11 Uhr erschien der König, der, von den Versammelten einhellig begrüßt, mit einer Rede die Flottenkonferenz offiziell eröffnete. Zum Schluß sagte König Georg, er habe die dringende Zuversicht und die besten Hoffnungen, die Konferenz werde für die Menschheit einen weithin sichtbaren Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung erzielen. Nach der Rede des Königs wurde der englische Premierminister Macdonald zum Präsidenten der Konferenz gewählt.

Die Ansprache des Königs wurde über alle Sender der Welt verbreitet. In London herrschte das übliche englische Nebelwetter, so daß sich nur ein geringes neugieriges Publikum in den benachbarten Straßen, die aber von den wartenden Automobilen der Delegierten stark in Anspruch genommen waren, eingefunden hatte.

Die Tragödie des Weltkrieges.

In seiner Rede sagte der König unter anderem, die gesamte Menschheit erwarte, keine Mittel der Staatskunst dürften ungenutzt bleiben, um eine Wiederholung der ungebauerlichen Tragödie des Weltkrieges zu verhindern. Trotzdem habe bis heute der Wettbewerb im Flottenbau nicht aufgehoben werden können und allgemeine Unsicherheit in der ganzen Welt hervorgerufen. Allerdings sei die Verminderung der Flottenrüstungen mit großen Schwierigkeiten verbunden, obwohl die Washingtoner Konferenz gewisse Erfolge im Hinblick auf die Schlagschiffe schon gehabt habe.

Deshalb sei man in der Idee übereingekommen, eine Gesamtflottenabstufung für alle Mächte herbeizuführen. Alle Hindernisse für die Verwirklichung dieser Idee müßten beseitigt werden. Das sei keine Sache, die nur die auf der Konferenz vertretenen Länder angehe, sondern eine Menschheitsfrage. Nicht in engherzigem Nationalismus dürfe man an sie herangehen, sondern in der gegenseitigen Opferbereitschaft.

Die schweren Rüstungslasten der Völker, das hoffe er zuverlässig, müßten beseitigt und die allgemeine Abrüstung herbeigeführt werden.

Macdonalds Ansprache.

Die wirtschaftliche Bedrückung der Völker durch das

zweiten Weltkrieges, nachdem der König den Saal verlassen hatte, der englische Ministerpräsident Macdonald. Der die Unterchrift unter den Resolutionen erst gemeinsam hätte, mußte bei der Abrüstung auch mitwirken. Die öffentliche Meinung verlangte überall eine Friedenspolitik. Aus dem Summum der Meinungsverschiedenheit technischer Sachverständigen mußte das Problem auf die höhere Grundfrage der Arbeit des schöpferischen Staatsmannes gehoben werden. Nur internationale Verträge, nicht Verhandlungen von Staat zu Staat vertragen Erfolge.

Stimson und Lardieu.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Stimson, sprach das größte Vertrauen Amerikas zum Erfolge der Konferenz aus. Amerika hoffe, nach Stimson, auf der Konferenz nicht nur das erreichbare Maß bei der Abrüstung zu erzielen, sondern auch den Charakter der gegenseitigen Beziehungen so zu gestalten, daß zu jeder Zeit weitere Rüstungsbeschränkungen eintreten können.

Die französische Auffassung, nach der die Abrüstung nur als Ganzes behandelt werden dürfe, erscheint Stimson als nicht ganz haltbar. Jeder einzelne Fortschritt erleichtere nicht nur die Lasten der Völker, sondern erleichtere auch Fortschritte auf allen Gebieten.

Demgegenüber bemerkte der französische Ministerpräsident Lardieu, gewiß seien alle Völker entschlossen, die Wiederholung einer Katastrophe wie die des Weltkrieges zu verhindern.

Aber jedes Abkommen, das jetzt in London geschlossen werde, könne nur provisorische Eigenschaften tragen, da die Konferenz doch auf Wunsch des Genfer Völkervertrages einberufen worden sei. Die besonderen Bedürfnisse jedes Landes müßten in Beziehung zu den zu schaffenden Rechtsgarantien geprüft werden.

Die anderen Länder.

Für Japan erklärte der Hauptdelegierte Watajuki zielbewusste Mitarbeit an der Konferenz. Japan sei bereit, mit den anderen Mächten bis zur äußersten Grenze der Marineabrüstung zu gehen und nicht nur eine Beschränkung, sondern sogar einen Abbau der Flottenflotten zu beschließen.

Italiens Außenminister Grandi sagte, Italien habe das Bestreben, hinter keinem anderen Lande zurückzubleiben, um der Konferenz zum Erfolg zu verhelfen. Eine längere Zeit ungeklärter Friedens sei für das jetzige Italien notwendig. Es müßten entschlossene und mutige Schritte in der Abrüstung getan werden und man hoffe, die mächtigste Flotte der Welt werde mit gutem Beispiel vorangehen.

Für Belgien und die Beziehungen der Seerüstungen äußerten sich ferner die Vertreter Kanadas, der Oberkommissar von Indien, die Delegierten des Freistaates Irland, Australiens und Südafrikas. Dann wurde die Eröffnungssitzung geschlossen.

Kabinettsitzung zum Haager Plan.

Dr. Curtius bei Hindenburg.

Die deutsche Delegation bei der Haager Konferenz mit den Reichsministern Dr. Curtius, Schmidt, Dr. Wolbenhauer und Dr. Wirth ist wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Curtius erstattete bereits Dienstag nachmittags dem Reichspräsidenten von Hindenburg Bericht über die Haager Vereinbarungen.

Anschließend fand eine Besprechung des Reichszantlers Müller mit dem Außenminister über dasselbe Thema statt. Mittwoch wird dann das Reichskabinett den neuen Plan erörtern. Demnachst werden die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz nach Berlin geladen werden. Das Reichskabinett will die Gesetzesvorlage, die mit dem „Neuen Plan“ zusammenhängt, noch in dieser Woche verabschieden und an den Reichstag leiten.



Der Schlupfwinkel im Haag. Die Unterzeichnung des endgültigen Young-Planes durch Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Dank des Reichspräsidenten.

Hindenburgs Anerkennung für die Haager Delegation.

Nachdem Reichsminister Dr. Curtius dem Reichspräsidenten Bericht über die Verhandlungen der Konferenz im Haag erstattet hatte, sprach der Reichspräsident dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und der deutschen Delegation seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Arbeit und ihre Haltung aus.

Snowdens Befriedigung über die Haager Abmachungen

London, 21. Januar. Schatzkanzler Snowden, der am Dienstag vormittags aus dem Haag wieder in London eingetroffen ist, sprach sich sehr befriedigt über den Abschluß der Konferenz aus. Die Ergebnisse hätten alle seine Erwartungen übertroffen. Die Haager Vereinbarungen würden noch seiner Überzeugung alle Reparationsangelegenheiten durchführbar gestalten und jedem Land ein Gefühl der Befriedigung geben. Die für Großbritannien im August erzielten Zugeständnisse seien voll erhalten geblieben. Die Frage der Liquidation des deutschen Privateigentums sei endgültig aus der Welt geschafft worden. Als die bedeutendste Leistung der Konferenz sei die Regelung der Reparationen anzusehen. Zusammenfassend könne er sagen, daß die Haager Konferenz ihren Auftrag auf Liquidation der durch den Krieg übrig gebliebenen finanziellen Fragen mit Erfolg durchgeführt habe, so daß nun die Differenzen in diesen Fragen zwischen den europäischen Mächten beseitigt seien.

Sozialdemokratische Forderungen.

Belebung des Arbeitsmarktes durch Auslandskapital.

In Berlin fand eine gemeinsame Tagung der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, des Parteivorstandes und der Vertreter der Freien Gewerkschaften statt, um

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt